

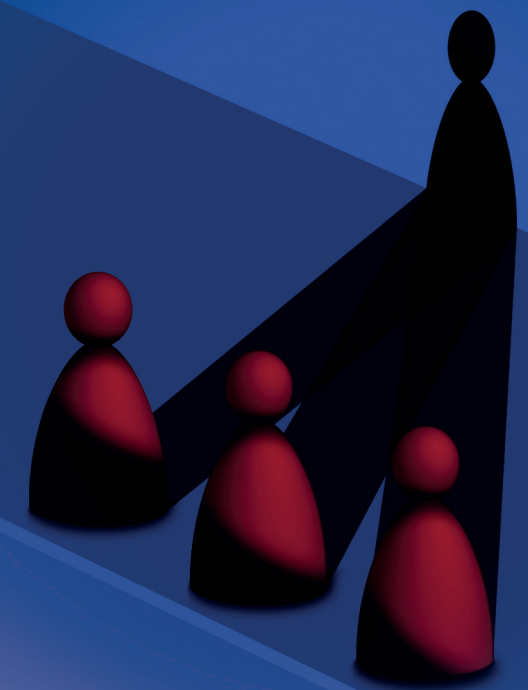
Rassismus beschränkt sich keineswegs ausschließlich auf rechte Parteien oder die rechtsextreme Szene. Im Alltag begegnen uns häufig rechte Parolen – mal unterschwellig, mal ganz offen – auf die wir spontan mit einem mulmigen Gefühl reagieren, oft aber keine treffenden Antworten finden. Um den Rassismus in der Mitte unserer Gesellschaft zu bekämpfen, ist es wichtig, dass Sie sich einmischen und rechte Parolen richtig stellen. Das Kölner Forum Rassismus und Diskriminierung hat zu den aktuellen Themen „Antimuslimischer Rassismus“, „Flucht und Asyl“ und „EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit“ Zahlen und Fakten zusammengefasst, die mit rechten Parolen aufräumen. Setzen auch Sie sich gegen Rechts zur Wehr – und zwar mit Köpfchen!



KÖLNER FORUM  
GEGEN RASSISMUS  
UND DISKRIMINIERUNG

Das Kölner Forum gegen Rassismus und Diskriminierung wurde 2009 gegründet und vereint verschiedene städtische und nichtstädtische Institutionen. Ziel des Forums ist es, Maßnahmen zur Information und Aufklärung der Kölner Bevölkerung über Rassismus und Diskriminierung zu fördern.

Mit freundlicher Unterstützung



# Richtige und falsche Wahrheiten

ARGUMENTE GEGEN RECHTS



KÖLNER FORUM  
GEGEN RASSISMUS  
UND DISKRIMINIERUNG

## „...schleichende Islamisierung Kölns“?

Von den über 1 Million EinwohnerInnen Kölns sind etwa 40% katholischen, 17% evangelischen und schätzungsweise 12% muslimischen Glaubens.<sup>1</sup> Es gibt keine Statistik darüber, ob der Anteil der Muslima und Muslime an der Kölner Bevölkerung wächst oder sinkt.

Ihre Gotteshäuser – wie die sich im Bau befindliche Moschee in Köln Ehrenfeld – werden sichtbar, damit einher geht jedoch nicht der Anspruch einer politischen Herrschaft. Muslima und Muslime in Köln nehmen wie auch Angehörige anderer Glaubensgemeinschaften das Grund- und Menschenrecht wahr, ihre Religion frei auszuüben. Dabei gibt es eine Vielfalt religiöser Vorstellungen im Islam, welche immer wieder neuen Interpretationen unterliegen und die wiederum ganz unterschiedlich gelebt werden. Auch dies verbindet den Islam mit den anderen Glaubensgemeinschaften.

Rechtsorientierten Parteien und Gruppierungen geht es jedoch nicht um religiöse oder städtebauliche Sachdiskussionen, sondern um rassistische Propaganda. So werden Muslime vornehmlich als Fremde markiert und als Problem einer vermeintlichen „Überfremdung“ gesehen. Dabei sind Menschen muslimischen Glaubens – auch wenn sie eine Zuwanderungsbiographie haben mögen – selbstverständlicher Teil der deutschen Gesellschaft und gleichberechtigte Kölnerinnen und Kölner.

## „...AsylbewerberInnen zu über 98 % ‚Scheinasylanten‘“?

Abgesehen davon, dass der Begriff „Scheinasylant“ ausschließlich politisch motiviert ist und einen angeblichen „Missbrauch des Asylrechts“ suggeriert: Die Fakten sind vollkommen anders!

Tatsächlich betrug im Jahr 2013 die Quote aller Anerkennungen alleine in den vorgerichtlichen Asylverfahren über 39%.<sup>2</sup> AntragstellerInnen aus Herkunftsländern wie Syrien (99,7%), Eritrea (95,5%), Somalia (72,4%), Iran (65,8%) oder dem Irak (60,9%) übersteigen diese Quote noch erheblich. Hinzu kommen weitere Anerkennungen, die von den Verwaltungsgerichten ausgesprochen werden. Und viele der Flüchtlinge, deren Asylantrag abgelehnt wird, z.B. weil ethnisch bedingte Diskriminierung und gesellschaftliche Ausgrenzung nicht als Asylgründe anerkannt werden, dürfen aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht abgeschoben werden. Sie erhalten dann zunächst eine Duldung.

In der Stadt Köln leben rd. 54% aller geduldeten Flüchtlinge länger als fünf Jahre, über 42% sogar länger als 10 Jahre im Bundesgebiet.<sup>3</sup> Sie leben hier in einem andauernden Schwebestadium, der vor allem Familien mit Kindern belastet.

Der Bundesgesetzgeber und auch die Innenministerien des Bundes und der Länder haben gelegentlich zwar befristete Bleiberechtsregelungen für lange hier lebende geduldete Flüchtlinge beschlossen, die letzte liegt aber schon sieben Jahre zurück. Hier besteht dringend Nachholbedarf.

## „...Arbeitnehmerfreizügigkeit führt zu Sozialtourismus“?

EU-Staatsangehörige haben ein Recht auf Arbeitnehmerfreizügigkeit im Rahmen der EU-Länder. Dieses Recht nehmen seit Anfang des Jahres 2014 auch Rumänen und Bulgaren voll in Anspruch. Die in vielen Medien angekündigte „Welle der Armutzuwanderung“ ist ausgeblieben: In den ersten 3 Monaten des Jahres 2014 verzeichnete die Stadt Köln einen Anstieg von 204 gemeldeter rumänischer und 344 bulgarischer StaatsbürgerInnen.<sup>4</sup>

Der Begriff „Armutzuwanderung“ ist völlig ungerechtfertigt gewählt, da ein großer Teil (24,5% im Jahr 2011) der aus Bulgarien und Rumänien eingewanderten Personen einen Hochschulabschluss haben.<sup>5</sup> Die Tatsache, dass die aktuelle Zahl der Zuwanderungen weit unter der erwarteten Zuwanderungszahl geblieben ist, spricht dafür, dass sich Menschen die Entscheidung auszuwandern nicht leicht machen. Sie wird offenbar auch davon abhängig gemacht, ob sie die Chance sehen, ihren Lebensunterhalt durch eigene Arbeit sicher stellen zu können. Der Großteil der EinwanderInnen aus diesen Ländern sind gesuchte Fachkräfte, wie schon erwähnt teilweise mit Hochschulabschluss. Auch viele weitere EinwanderInnen finden hier vor Ort eine Beschäftigung. Die Quote zur Beantragung von Sozialleistungen, hier: Arbeitslosengeld 2, lag 2012 für Menschen dieser Herkunftsländer mit 9,3% nur knapp über dem der Bevölkerung in ganz Deutschland (7,4%)<sup>6</sup>. Auch die Arbeitslosenquote lag nicht deutlich höher.

**Dass rechte Gruppierungen sich rassistischer Bilder bedienen, um populistisch gegen die EinwohnerInnen muslimischen Glaubens, AsylbewerberInnen und rumänischen und bulgarischen Staatsangehörigen in Köln zu hetzen, ist ein Angriff auf das friedliche Zusammenleben aller Kölnerinnen und Kölner.**

**Lassen Sie sich vom Rechtspopulismus keine falschen Wahrheiten verkaufen!**

<sup>1</sup> Stadt Köln (Hrsg.): Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft. Köln 2011.

<sup>2</sup> Gesamtschutzquote bezogen auf tatsächlich inhaltliche Entscheidungen. Antwort der Bundesregierung vom 04.03.2014 (BT-Ds. 18/433) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke.

<sup>3</sup> Mitteilung der Stadt Köln vom 20.01.2014 Nr. 0113/2014.

<sup>4</sup> Kölner Arbeitskreis „Zuwanderung Südosteuropa“, Pressekonferenz vom 31.03.2014

<sup>5</sup> Institut der Deutschen Wirtschaft (Hrsg.): 12 gute Gründe für Zuwanderung. Policy Paper 2/2014

<sup>6</sup> Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Hrsg.): Arbeitsmigration oder Armutsmigration? IAB-Kurzbericht 16/2013